

Zürichsee-Zeitung

Obersee

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Grosser Jubiläumsverkauf
mit 10-30% Rabatt vom 1.-10. September 2011

JÄGGI 60 Jahre
MODE Jaeggi Mode Siebnen
SIEBENEN 342997

Kein Entscheid

Im Rotlicht-Fall
«Bolenberg» ist
offen, ob es zur
Anklage kommt.

SEITE 2

Grasskifahren

Schweizer kämp-
fen um Medail-
len an der Weltmeis-
terschaft.

SEITE 4

Wawrinka weiter

Am US Open
bekundet Stanislas
Wawrinka Start-
schwierigkeiten.

SEITE 10



Die Stadt kämpft um das Tunnelprojekt

RAPPERSWIL-JONA. Gestern nahm die Stadtbehörde Stellung zu den Alternativ-Vorschlägen der IG Mobilität. Auch wenn er an der eigenen Variante festhält, attestiert der Stadtrat vor allem einem Projekt eine gewisse Wirkung: dem – neu – sogenannten «Tunnel Zeis».

SARAH GAFFURI

Es war keine grosse Überraschung: Der Stadtrat Rapperswil-Jona findet das vorliegende Projekt noch immer das beste. Am 25. September findet die Referendumsabstimmung statt. Dabei spricht Bauchef Walter Domeisen den Alternativen durchaus eine

gewisse Wirkung zu, vor allem dem «Tunnel Zeis», wie die Projektidee von Hubert Zeis im Stadthaus genannt wird. Die Zeit reicht aber nicht mehr, um die Idee auf Machbarkeit oder Kosten zu überprüfen. Zudem stehen die Projekte selber gar nicht zur Abstimmung. Fällt der Entscheid des Volkes negativ aus, wird die

Verkehrslösung mittels Tunnel auch im Grundsatz für Jahre in der Schublade verschwinden, ist Domeisen überzeugt. Schliesslich würden nicht alle mit ihrem Nein ein «Nein, nicht diesen Tunnel, lieber einen anderen» zum Ausdruck bringen.

Den Kanton danach davon zu überzeugen, dass man nun doch wieder Geld für die Projektierung einer anderen Tunnelvariante brauche, werde sich schwierig gestalten.

Sollte sich die Bevölkerung aber für den Stadttunnel aussprechen, sei klar, dass auch die ande-

ren Varianten geprüft würden. «Der Kantonsrat wird nicht Geld sprechen, ohne ganz genau nachzufragen, ob auch wirklich die effizienteste Methode gewählt wurde», ist sich Domeisen sicher.

Broschüren in der Post

Diese Woche wird die Abstimmungsbroschüre zum Tunnel verschickt. Der Stadtrat hofft, damit der Verunsicherung in der Bevölkerung entgegenzutreten zu können.

In der Broschüre sollen die Abwägungen des Stadtrats zum Projekt «Verkehrsentlastung

Rapperswil-Jona» ebenso zu finden sein wie die Argumente der Tunnelgegner. Das Heft ist zudem mit diversen Grafiken versehen.

Natürlich, sagt Domeisen, würden nicht alle Quartiere gleich stark von der vorgeschlagenen Variante profitieren – «wir können nicht zaubern» –, aber unter dem Strich hätten auch jene etwas vom Tunnel, die auch nachher an einer stark befahrenen Strasse wohnen: indem etwa der öffentliche Verkehr durch die freieren Rapperswiler Strassen gestärkt würde.

Seite 3



Lakers-Geschäftsführer Roger Sigg hofft auf eine erfolgreiche Eishockeyseason. Bild: Manuela Matt

Sirte: Ultimatum gestellt

TRIPOLIS. Der libysche Übergangsrat hat der noch von Gaddafi-Anhängern kontrollierten Stadt Sirte ein Ultimatum gestellt. Die dort und auch noch in einigen anderen Orten aktiven Soldaten hätten bis Samstag Zeit, sich zu ergeben, erklärte gestern der Rat, der als provisorische Regierung fungiert. Andernfalls werde mit militärischer Gewalt gegen sie vorgegangen.

Mit scharfer Kritik reagierte der Übergangsrat darauf, dass Familienangehörige Gaddafis in Algerien Unterschlupf gefunden haben. Dies sei eine Aggression des Nachbarstaates, erklärte ein Sprecher des Rats und verlangte die Auslieferung von Gaddafis Frau sowie drei seiner Kinder.

(sda)

Seite 19



Lombardi, Schweiger, Berberat (von links): Die beiden bürgerlichen Ständeräte wollen den Ausstieg light, der Neuenburger Linke trägt ihn mit. Bild: key

Polizei stellt Querulant

BADEN. Erst verletzte der Mann am Morgen vor seiner Wohnungstür in Baden einen Polizisten mit einem Samurai-Schwert am Arm, dann verschanzte sich der 54-jährige Schweizer in seiner Wohnung. Schliesslich gelang es der Kantonspolizei Aargau am Nachmittag, die Wohnung zu stürmen. Um den Mann kurzzeitig kampfunfähig zu machen, setzten die Beamten einen Elektroschocker ein. Der Mann sollte abgeholt werden, weil er massive Drohungen gegen eine Person ausgesprochen hatte. (red)

Die Letzte

«Ja, aber» zum Atomausstieg

BERN. Nicht ganz unerwartet buchstabiert die Kommission des Ständerats beim Atomausstieg zurück. Atomkraftwerke einer künftigen Generation sollen möglich bleiben.

MICHAEL BRUNNER

Nach Fukushima hatte sich der Nationalrat im Frühsommer für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. Mit viel Spannung wurde gestern darauf gewartet, ob die ständerätliche Umweltkommission diesen Entscheid mitträgt. Nicht ganz überraschend tut sie das nicht.

Konkret wandelt sie die entscheidende Motion des Walliser CVP-Nationalrates Roberto Schmidt in drei zentralen Punkten ab:

Der Neubau von Atomkraftwerken ist nicht grundsätzlich verboten, sondern «nur für die heutige Generation» der Kraftwerktechnologie. Die gestaffelte Stilllegung der heutigen Atomkraftwerke kommt im Motions-

text nicht mehr vor. Und Bildung, Forschung und Lehre sollen «in sämtlichen Energietechnologien», also auch der Atomtechnologie, unterstützt werden.

Ein solcher «Ausstieg light» war bereits früher von FDP und Wirtschaft ins Spiel gebracht worden. Trotzdem sprachen gestern die Kommissionsmitglieder, auch die atomkritischen, von einem Kompromiss. «Wir haben nicht das Maximum erreicht, aber immerhin das Maximum des Möglichen», sagte die grünliberale Ständerätin Verena Diener. Der grüne Waadt-

länder Luc Recordon zeigte sich sogar zufrieden. «Im Prinzip ist der Ausstieg aus der Atomtechnologie beschlossen.» Alles andere sei nur Wolkenschieberei, damit die Bürgerlichen ihr Gesicht wahren könnten. Etwas anders sieht es seine Partei. Sie spricht von einem «Kniefall vor der Atomlobby».

Klar dürfte mit dem gestrigen Entscheid sein, dass die ursprüngliche Motion Schmidt vom Tisch ist. Die abgeschwächte Variante der Kommission hat hingegen sehr gute Chancen, durchzukommen.

Seite 17

Die Playoffs als Zielvorgabe

EISHOCKEY. Die Rapperswil-Jona Lakers blicken auf eine schwierige Zeit zurück. In der vergangenen Saison ging es sowohl auf wie auch neben dem Eis turbulent zu und her. Trainer Christian Weber und Sportchef Reto Klaus wurden freigestellt, sportlich lief es mehr schlecht als recht und an der GV musste ein Defizit von 500 000 Franken präsentiert werden (1,5 Millionen ohne Zustupf einiger Verwaltungsräte).

In zehn Tagen beginnt die neue Saison. Gross sind die Hoffnungen bei den Lakers, dass es endlich wieder aufwärtsgeht und die Euphorie früherer Tage am Obersee Einzug hält. Mit dem neuen Trainer, der SCRJ-Legende Harry Rogenmoser, strebt Rapperswil-Jona die Qualifikation für die Playoffs an. (zsz)

Seite 9



9 771 663 39 1033

Anzeige 342069



Liste 7.1

koebi-buechler.ch

Jakob Büchler

In den Nationalrat.

original-der-mitte.ch





Robert Wälti, Fachmann im Tunnelbau, stellte das Projekt vor. Bilder: Manuela Matt



Hubert Zeis, Gründer der IG Mobilität, sprach sich gegen die Vorlage aus.



Michael Kaspar, Redaktionsleiter der «Zürichsee-Zeitung», leitete das Podium.



Marie-Theres Huser, Präsidentin vom Pro-Komitee, machte sich für den Tunnel stark.

Nach wie vor scheint wenig Licht am Ende des Tunnels

RAPPERSWIL-JONA. Das Gewerbe lud gestern zum Podium «Tunnel – Ja oder Nein?» ein. Robert Wälti stellte das Projekt vor. Unter der Leitung von Michael Kaspar diskutierten Marie-Theres Huser und Hubert Zeis. Fazit des Abends: Die Tunnelfrage ist eine Glaubensfrage. Niemand weiss, wie der Kanton auf ein Ja oder ein Nein reagieren wird.

MAGNUS LEIBUNDGUT

Robert Wälti brachte es gestern Abend vor über 300 Besuchern des Podiums im katholischen Kirchgemeindehaus Jona auf den Punkt: Er könne das Tunnel-Projekt nicht vorstellen, weil es kein baureifes Projekt gebe: «Wir stimmen nur darüber ab, ob die Antwort des Stadtrates an den Kanton richtig war oder nicht.» Der Stadtrat hat in der Vernehmlassung dem Kanton seine Zustimmung zur Verkehrsentslastung erteilt.

Auch wenn die Bürger am 25. September Nein sagen zur Vorlage, könnte der Kanton theoretisch weiterplanen. Allerdings habe der Kanton alle Arbeiten und Aufträge bereits eingestellt, nachdem das Referendum zustande gekommen war. «Wer jetzt Nein sagt, der sagt im Grundsatz Nein zur Verkehrsentslastung und nimmt in Kauf, dass die Mittel für Projekte in anderen Regionen des Kantons verwendet werden», betonte Robert Wälti.

Ganz anderer Meinung war Hubert Zeis: Wenn der Bürger ein Ja zum Projekt einlege, sage er Ja zur vorgeschlagenen Linienführung. Alternativen seien dann nicht mehr möglich. So sei nun einmal die Vorlage formuliert, die zur Abstimmung komme. Idealer sei es, eine bessere Lösung in Angriff zu nehmen: die Variante Transittunnel der IG Mobilität.

Verkehr unter den Boden

Marie-Theres Huser konterte, ein Nein würde das Ende jeglicher Planung bedeuten, ein neuer Anlauf sei dann nicht mehr möglich, die Verkehrsentslastung für immer verbaut. Bei einem Ja der Stimmbürger hingegen werde der Kanton durchaus andere Varianten prüfen.

Sie betonte: «Wir wollen den Verkehr unter den Boden bringen, ohne zusätzlichen Verkehr zu generieren. Jede schneller befahrbare Lösung, die den Stau wegbringt, zieht mehr Verkehr an. Und das wollen wir nicht.»

Zeis machte Werbung für seinen Vorschlag: «Wir müssen den Transitverkehr wegbringen und haben deswegen eine Lösung vorgeschlagen, die überregional funktioniert.» Hinzu komme die Ungewissheit, ob die zweite Etappe in den Hülistein jemals finanziert werden könne.

Marie-Theres Huser: «Diesen Vorschlag in Ehren, aber es gibt keine Garantie, ob sich der Kanton jemals auf diesen einlässt.» Es sei doch nicht realistisch, dass man in zwei, drei Jahren etwas Neues präsentieren könne: Der Kanton müsste ein neues Projekt ausarbeiten, das in das kantonale Strassenbauprogramm passen müsse. Auch ein neues Projekt brauche seine Zeit.

Der Kanton interpretiere ein Nein als Nein zur Verkehrsentslastung: «Es wurden bereits Millionen verplant, und der Kanton wird in diesem Fall sicher andere Projekte vorziehen, die ebenfalls in der Reihe stehen.» Ein Nein heisse, dass man mit der Verkehrslawine weiterleben wolle.

Verwirrung wegen der Vorlage

Die ans Podium anschliessende Diskussion brachte wenig Licht ins Dunkel der Tunnelfrage. Vielmehr zeigten sich zahlreiche Besucher der Veranstaltung verwirrt, weil sie gar nicht im Bild waren,

worüber am 25. September konkret abgestimmt wird. Kantonsrat Roland Hartmann bezweifelte, dass der Kanton noch einmal zu einer anderen Linienführung umschwenke, wenn er schon einen zweistelligen Millionenbetrag für ein Vorprojekt ausbebe. Bruno Hug zweifelte daran, dass der «Zeis-Tunnel» billiger sein könne als die vorgeschlagene Variante, und kritisierte dessen Baumethode.

Viele Fragen, wenige Antworten

Viele Fragen wurden aufgeworfen: Wie stark wird der Verkehr auf der St. Galler- und der Neuen Jonastrasse nach dem Tunnelbau zunehmen? Was geschieht mit der Zürcher- und der Rütistrasse? Stimmen die Zahlen beim Verkehr? Das Projekt bringe Mehrverkehr in die Quartiere und auf alle Achsen, die zum Tunnel hinführen, wurde moniert. Es sei vor allem der Transitverkehr, unter dem die Bevölkerung leide. Einige bezeichneten das Tunnel-Projekt als unfertig. Zudem benachteilige es die Joner.

Unklar blieb in der ganzen Diskussion, ob der Kanton bei einem Ja andere Varianten prüfen wird. Ebenso unklar blieb, ob bei einem Nein der Kanton die Planung gänzlich einstellt und die Verkehrsentslastung von Rapperswil-Jona definitiv vom Tisch ist.

SP wird Ausgrenzung vorgeworfen

RAPPERSWIL-JONA. Mehr Ordnung und Respekt in Wahlkämpfen: Darauf haben sich die Parteien in einem Wahlkodex geeinigt. Nun haben am Montagabend die Parteiengespräche ohne die SP stattgefunden, weil sich die SVP nicht von der Inseratekampagne gegen «schlitzende Kosovaren» distanzieren wollte.

Hans Kluger, Präsident der GLP und neuer Vorsitzender des Wahlkodexes, betont, dass man die SP nach dem Streit mit der SVP wieder ins Gremium zurückholen möchte. Allerdings kann Kluger das Verhalten der SP nicht nachvollziehen: «Auf lokaler Ebene hat dieser Streit um die SVP-Plakate nichts verloren.» Die SP behandle die SVP damit wie eine Persona non grata. Mit dieser Art von Politik betreibe die SP just dasselbe wie die SVP: pure Ausgrenzung.

Das Stadtparlament sei nur am Rande thematisiert worden, sagt Kluger, der Wahlkodex sei in erster Linie für mögliche Kandidaten an Wahlgängen zuständig, nicht für Initiativen von Parteien. Die GLP sei nach wie vor bestrebt, andere Parteien mit ins Boot zu holen, um eine Initiative für ein Stadtparlament zu lancieren. Zu klären bleibe, wie ein Parlament installiert werden könne. In Frage komme, dass der Stadtrat beauftragt werde, eine Vorlage auszuarbeiten. Kluger rechnet damit, dass im Frühling die Unterschriftensammlung für ein Stadtparlament gestartet wird. (ml)

VOR 40 JAHREN

VON MAGNUS LEIBUNDGUT

Lützelau-Schwimmen feiert seine Premiere

Vor vier Jahrzehnten fand das Volksschwimmen von der Insel Lützelau nach Rapperswil zum ersten Mal statt. «Unverhofft wurde aus dem ersten Versuch bereits eine gelungene Grossveranstaltung, die in jeder Hinsicht einen guten Verlauf nahm», schrieb die «Linth Zeitung» am 30. August 1971. In der Tat kamen alle Schwimmer zwischen 7 und 67 Jahren heil ans Ziel. Nur zwei Samaritereinsätze gab es vor dem Start, doch konnte Samariterpräsident Franz Wespe die beiden Wespenstiche rasch behandeln. Die Veranstalter wurden damals vom Erfolg des Anlasses buchstäblich überrumpelt: Sie rechneten mit 50 Teilnehmern – es kamen 137. Und trotz eines Defizits von 400 Franken in der Kasse schrieb der Redaktor gewissermassen prophetisch: «Eines steht sicher fest: Dieser Anlass verdient eine alljährliche Wiederholung.» Voll des Lobes sprach er auch der Jugend ein Kompliment aus: «Die Tatsache, dass die Mehrheit der Konkurrenten unter zwanzig Jahre alt war, zeigte deutlich, dass auch heute die Jugend noch für eine gesunde Betätigung gewonnen werden kann, wenn auch kein Preis herauschaut.»

Fall «Bolenberg» muss warten

TUGGEN. Vier Jahre nach der Grossrazzia in der Kontaktbar Bolenberg ist noch immer offen, ob es zu einer Anklage kommt. Der Grund: Die Schwyzer Oberstaatsanwaltschaft hat etwas gar viel zu tun.

REGULA KASPAR-FISLER

Es war eine der grössten, wenn nicht sogar die grösste je in der Schweiz durchgeführte Aktion gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution: Ende Februar 2007 gingen der Polizei in Tuggen und in Nidau bei Biel insgesamt 16 Personen ins Netz. Den koordinierten Razzien im Hotel Schloss in Nidau sowie in der Kontaktbar Bolenberg in Tuggen waren umfangreiche und sehr aufwändige Ermittlungen vorangegangen, wie die Polizeikorps damals mitteilten. Die Ermittler gingen davon aus, dass zwischen den beiden Betrieben Verbindungen bestehen.

Im «Bolenberg» wurden acht Personen, sieben Männer und eine Frau, ver-

haftet. Es handelt sich vorwiegend um Staatsangehörige der Türkei, Rumänien und Serbien-Montenegro. Sie werden des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Förderung der Prostitution verdächtigt.

Viele Fälle in Arbeit

Die 24 während den Razzien festgenommenen Prostituierten galten in erster Linie als Opfer und Zeugen. Sie sind schon lange ausgereizt, und auch von den der Zuhälterei verdächtigten Personen ist niemand in Haft. Das Schwyzer Verhöramt hat die Untersuchungen vor gut einem Jahr abgeschlossen und den Fall an die heutige Oberstaatsanwaltschaft

weitergeleitet. Dort liegen die Aktenordner nun und warten auf die Bearbeitung. «Wegen anderen dringenden Obliegenheiten kamen

«Wir wollen bis Ende Jahr noch einen Endspurt hinlegen.»

Benno Annen

wir leider noch nicht dazu», sagt der Schwyzer Oberstaatsanwalt Benno Annen auf Anfrage. Einerseits seien viele andere Fälle dazugekommen, andererseits gelte es, die noch hängigen Fälle nach

«altem System» aufzuarbeiten, und dies bei aktuell reduziertem Personalbestand. Seit diesem Jahr ist im Kanton Schwyz die neue Strafprozessordnung in Kraft. Gearbeitet wird neu im Staatsanwaltschaftsmodell. Das heisst, der Staatsanwalt begleitet ein Verfahren von Anfang bis zum Ende. Somit entfällt die Übergabe vom Verhöramt an die Staatsanwaltschaft.

Keine Nachteile

Kommt hinzu, dass der Fall «Bolenberg» äusserst umfangreich ist und entsprechend der Zahl der Verdächtigen acht bis zehn «Teilfälle» enthält. Wie viele Akten-

ordner es durcharbeiten gibt, kann der Oberstaatsanwalt aus dem Stegreif nicht sagen, es seien aber einige. Annen rechnet mit zwei bis drei Wochen, welche der Fall «Bolenberg» in Anspruch nehmen wird, vorausgesetzt, das Personal arbeitet nur und ausschliesslich an diesem einen Fall. Annen bedauert, dass der Fall so lange liegenblieb, hofft aber, dass bis Ende Jahr über eine allfällige Anklageerhebung entschieden werden kann. «Wir wollen bis dahin einen Endspurt hinlegen.» Nachteile bringe die Verzögerung keine mit sich, da die Untersuchungen ohnehin abgeschlossen sind.

Was läuft aktuell im «Bolenberg»?

Nach der Razzia 2007 wurde die Kontaktbar Bolenberg zwischen Wangen und Tuggen im Mai 2008 von einer neuen Pächterin übernommen, der Dimo Gastro GmbH von Diego Moncada, die bereits in Niederglatt ein Cabaret betrieb. Das ist allerdings bereits länger wieder Geschichte. Seit Ende 2009 ist Moncada nicht mehr Pächter. Doch wie ist es derzeit um den «Bolenberg» bestellt? Offenbar ist das Lo-

kal seit ein paar Monaten wieder geschlossen. Wie der Tuggener Gemeindeforscher Peter Weibel sagt, ist auch der Gemeinde nicht bekannt, dass im «Bolenberg» wieder Leute ein und aus gehen. Anwohner stören sich am Unrat und der Unordnung ums verwahrloste Gebäude. Gemunkelt wird auch von einem anstehenden Verkauf. Es wäre nicht der erste in den letzten paar Jahren. (spa)

IMPRESSUM

Redaktion Zürichsee-Zeitung, Alte Jonastr. 24, 8640 Rapperswil. Tel.: 055 220 42 42. Fax: 055 220 42 43. E-Mail: redaktion.obersee@zsz.ch.

Redaktionsleitung Benjamin Geiger (Chefredaktor), Michael Kaspar (stv. Chefredaktor, Leiter Regionalredaktion), Martin Steinegger (stv. Chefredaktor), Peter Hasler (Sportchef).

Druck Tamedia AG, Druckzentrum, Zürich.

Aboservice Zürich Regionalzeitungen AG, Seestrasse 86, 8712 Stäfa. Telefon: 0848 805 521. Fax: 0848 805 520. E-Mail: abo@zsz.ch. Preis: Fr. 348.– pro Jahr, E-Paper: Fr. 174.– pro Jahr.

Inserate Zürich Regionalzeitungen AG, Alte Jonastrasse 24, 8640 Rapperswil. Telefon: 044 515 44 66. Fax: 044 515 44 69. E-Mail: rapperswil@zrz.ch. Todesanzeigen: todesanzeigen@zsz.ch.

Die irgendetwas geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Texten, Bildern, Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.



Das Planungsbüro Ernst Basler und Partner analysierte im Auftrag der Stadt Rapperswil-Jona den Einfluss der verschiedenen Projektideen auf den Verkehr. Bild: zvg

Die Zahlen zu den Tunnel-Alternativen liegen vor

RAPPERSWIL-JONA. Von den Stadttunnelvarianten, die die IG Mobilität letzte Woche präsentierte, erhält der «Tunnel Zeis» vom Stadtrat die besten Noten. Dennoch hält man im Stadthaus den ursprünglichen Plan für den richtigen. Auch Kantonsingenieur Urs Kost ertet in dieser neuen Variante grundsätzliche Schwachstellen.

SARAH GAFFURI

Seit die IG Tunnel ihre eigenen Lösungsvorschläge zum Verkehrsproblem in Rapperswil-Jona eingereicht hat, wurde die Reaktion der Stadt mit Spannung erwartet. Gestern nahmen Vizepräsidentin Marianne Aguilera (SP) und Bauvorsteher Walter Domeisen (CVP) Stellung.

Das Planungsbüro Ernst Basler und Partner hat übers Wochenende die Tunnelvariante, wie sie IG-Mobilitäts-Exponent Hubert Zeis ausgearbeitet hat, geprüft. Dabei kommt heraus: Sie könnte der Stadt durchaus einiges bringen. «Es ist interessant, wie viel Verkehrsbelastung damit möglich sein könnte», findet Domeisen und lobt die Initiative, die Zeis mit der Ausarbeitung einer eigenen Tunnelvariante gezeigt hat. Noch nachgeprüft wird zurzeit der Einfluss des angedachten unterirdischen Parkhauses beim Bahnhof.

«Nach Ja wird alles geprüft»

Dennoch hält Domeisen einige Aber bereit – abgesehen von den Kosten und der Machbarkeit, zu der er sich nicht äussern wollte: Auch beim «Tunnel Zeis» handle es sich um eine Grossbaustelle. Auch hier würden nicht alle Quartiere gleich stark profitieren. Und letztlich ist das Projekt nicht bereit zur Umsetzung. Der Kantonsrat hat im aktuellen Strassenbauprogramm Geld in Aussicht gestellt, damit das nun vorliegende Kantonsprojekt realisiert werden kann.

Regierungsrat Willi Haag, Vorsteher des St. Galler Baudepartements, erklärt: «Für etwas, das es nicht gibt, gibt es auch kein Geld.» Das neue Projekt existiere ja erst rudimentär auf Papier. Warum ver-

teidigt der Kanton das von ihm ausgearbeitete Projekt eigentlich nicht, nachdem es nun so unter Beschuss geraten ist? «Es ist an der Bevölkerung, nicht am Kanton, jetzt Stellung zu beziehen», sagt Haag. Die kantonale Behörde habe sich während 10 Jahren intensiv zusammen mit der Stadt und mit ausgewiesenen Fachleuten mit dem Thema auseinandergesetzt. Sie habe sich genügend oft zu Präsentationen und Podien eingefunden. Jetzt müssten die Einwohnerinnen und Einwohner von Rapperswil-Jona sagen, ob sie einen Tunnel wollten oder nicht. «Die Regierung muss wissen: Soll sie nun

eine entsprechende Botschaft an den Kantonsrat verfassen, damit dieser die notwendigen Gelder spricht, oder nicht?»

Es sei selbstverständlich, dass auch die neuen Ideen geprüft und allenfalls in das bestehende Projekt aufgenommen würden, sagt Haag. Auch Walter Domeisen sieht das so. «Wir können es uns gar nicht leisten, im Kantonsrat Geld für ein solches Projekt zu beantragen, ohne die Alternativen geprüft zu haben.»

Projekte nicht ausspielen

Sollte ein Nein zum Tunnel nach St. Gallen gemeldet werden, würden andere Projekte das Geld aus dem Strassenbaufonds abschöpfen, sagen die Befürworter. Davon profitieren könnten etwa die weit vorgeschrittenen Umfahrungsprojekte im Toggenburg, die Westspange Gossau oder die Gasterstrasse, die Uz-

nach und Umgebung entlasten soll. Sie hat ebenfalls Aufnahme ins aktuelle Strassenbauprogramm gefunden. Dort ist sie allerdings nur als zweite Priorität eingestuft. CVP-Kantonsrat Beat Jud aus Schmerikon machte sich seinerzeit stark dafür, dass auch dieses Projekt, wie der Rapperswil-Joner Stadttunnel, als erste Priorität geführt wird. Er würde sich trotzdem nicht über ein Nein zum Stadttunnel freuen: «Man sollte die beiden Projekte nicht gegeneinander ausspielen. Sie sind beide wichtig für die Menschen, die in den jeweiligen Orten leben.» Unabhängig vom Entscheid in Rapperswil-Jona werde er sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Gasterstrasse eine höhere Priorität erhält.

Bezüglich Gossau geben die lokalen Kantonsräte Ruedi Blumer (SP) und Nico Egger (SVP) Entwarnung. Die Bevölkerung stehe nicht hinter dem Projekt.

Das sagt der Kantonsingenieur zum «Tunnel Zeis»

Der neuen Idee «Tunnel Zeis» wenig abgewinnen kann der St. Galler Kantonsingenieur Urs Kost. Weil er sich in der kurzen Zeit noch nicht vertieft mit dem Vorschlag auseinandergesetzt habe, könne er nur grundsätzlich Stellung beziehen. Dabei stechen ihm fünf Punkte ins Auge: «Der neue Lösungsvorschlag sieht Baumassnahmen im Kanton Schwyz vor. Doch dieser hat schon wiederholt klargemacht, dass er an einer Tunnelösung auf seinem Boden nicht interessiert ist.»

Die Gründe liegen für Kost auf der Hand: «Der bereits überlastete Anschluss Pfäffikon käme noch mehr unter Druck.» So kann Kost sich nicht vorstellen, dass sich der Kanton Schwyz

gar noch finanziell am Projekt beteiligen würde.

Die neue Projektidee befasse sich zudem nur mit dem Durchgangs- und nicht mit dem gesamten Ziel-, Quell- und Binnenverkehr. Letztere würden aber eher noch zunehmen und seien das eigentliche Problem für Rapperswil-Jona.

Gar nicht einverstanden ist der Kantonsingenieur mit der Kostenberechnung. «Der gleiche Preis für einen doppelt so langen Tunnel – das ist unmöglich.» Zudem koste der Bau eines Tunnels in schwierigem Baugrund, wie etwa unter dem See hindurch, erheblich mehr als vorgerechnet. Dazu käme noch ein Fluchtstollen, der für tief lie-

gende Tunnelröhren aus Sicherheitsgründen vorgeschrieben sei. Die Kosten für die elektromechanische Ausrüstung seien ebenfalls völlig unterschätzt worden. «Die Anschlüsse, besonders jener in Jona, dürften zudem grössere Bauwerke werden.»

Die Stadt Rapperswil-Jona werde finanziell sehr stark in die Pflicht genommen bei der neuen Variante. «Die vorgeschlagenen 100 Millionen Franken reichen vermutlich nicht einmal», sagt Kost. Und in der Frage des Zeitablaufs sei die IG Mobilität mit Sicherheit zu optimistisch: «Wir vom kantonalen Baudepartement haben solche Projekte schon öfter gemacht. So etwas dauert viel länger.» (sga)

KOMMENTAR

VON SARAH GAFFURI

Der Druck verunsichert

Hubert Zeis ist ein Mann der Achtungserfolge. In jüngster Zeit erreichte er parteilos ein respektables Resultat im Rennen um den Sitz des Stadtpräsidenten von Rapperswil-Jona, und mit seiner IG Mobilität scharte er mehr Leute um sich für ein Nein zum Stadttunnel, als man im Stadthaus erwartet haben dürfte. Nun stellt er seine eigene Variante zum Stadttunnel vor. Und sie ist, das räumt man im Stadthaus unumwunden ein, so schlecht nicht, auch wenn die Wochen bis zur Abstimmung am 25. September natürlich nicht reichen, um Machbarkeit und vorgerechnete Kosten zu überprüfen. Den Vorschlag erst jetzt zu präsentieren, ist ein gelungener politischer Schachzug.

Und ein legitimer. Schliesslich predigt die Befürworterseite auch, wer jetzt nicht Ja sage, sei selber schuld, wenn die Stadt danach im Verkehr ertrinke – und setzt die Stimmberechtigten unter Druck. Genau dieser Druck dürfte bisher Unentschlossene in die Arme der Tunnelgegner treiben. Da brüht die Stadt ein Jahrzehnt lang mit Fachkräften über den Plänen, bis man kaum mehr daran glaubt – und plötzlich muss es ganz schnell gehen: alles oder nichts.

Es hat sich ein ungemütliches Patt ergeben. Soll der Bürger nun Ja sagen, aus lauter Angst, nach dem Tunnelprojekt des Kantons werde es nie mehr gangbare Wege für eine Lösung der Verkehrsproblematik geben? Oder soll er Nein stimmen, weil der Tunnel zwar einige Probleme löst, aber nicht alle und schon gar nicht die vor der eigenen Haustüre? Und vielleicht sogar noch ein paar generiert?

Natürlich sind die Fachleute, die mit der Stadtverwaltung das Projekt «Verkehrsentlastung» erarbeitet haben, keine Dummköpfe. Sie wissen, wovon sie reden und was sie berechnen. Die Politiker, die warnen, mit einem Nein gebe man ein gefährliches Signal nach St. Gallen, haben nicht unrecht. Andere Projekte, etwa die Umfahrungsstrassen in Wattwil und Bütschwil, stehen kurz vor der Realisierung und profitieren davon, dass das Megaprojekt «Stadttunnel Rapperswil-Jona» noch eine Weile auf sich warten lässt. Es stimmt andererseits, dass man sich später um eine neue Tunnelvariante bemühen kann. Allerdings: Nicht jeder, der ein Nein in die Urne legt, will danach auch, dass die Stadt überhaupt noch irgendein Tunnelprojekt verfolgt.

Was soll die verunsicherte Bevölkerung stimmen? Ja. Wenn man wirklich hinter dem Projekt, mehr oder weniger, wie es der Kanton ausgearbeitet hat, stehen kann. Oder Nein. Dann aber muss man auch das Risiko in Kauf nehmen, dass eine (Tunnel-)Lösung in weite Ferne rückt. Oder ganz gekippt wird.

Neuer Parkplatz Paradieswiese

TUGGEN. An der Buchbergstrasse, unmittelbar beim Abzweiger in die Kirchstrasse, in Tuggen entstehen 33 neue Parkplätze. Die bestehenden provisorischen Parkplätze werden ab 5. September gesperrt.

Die Fussgängerführung wird jeweils der Bauphase angepasst und entsprechend signalisiert. Eine zeitweilige Lärmbelastung und leichte Verkehrshinderungen während der Arbeitszeiten ist leider unvermeidlich.

Der Baubeginn ist auf Montag, 5. September, festgelegt. Die Bauarbeiten dauern je nach Witterung ungefähr zwei Monate, teilte der Gemeinderat Tuggen gestern mit. (e)